



Vorlage		Vorlage-Nr: FB 61/0620/WP18
Federführende Dienststelle: FB 61 - Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 22.02.2023
		Verfasser/in: FB 61/010
Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2023		
Ziele:	Klimarelevanz	
	keine	
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.03.2023	Mobilitätsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 23.02.2023.

Erläuterungen:

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Mobilitätsausschusses

3. März 2023

Sitzungstermin: Donnerstag, 23.02.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:13 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Peter Blum

Vorsitzender

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Vertretung für: Ratsfrau Monika
Annette Wenzel

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsherr Wilfried Fischer

Ratsherr Daniel Hecker

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Renate Wallraff

Ratsherr Tjark Zimmer

Herr Christian Hofmann

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 1/15

Herr Jörg Hans Lindemann

Herr Dr. Andreas Nositschka

Frau Leona Piana

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin
bis 18:35

Frau Ute Nußbaum

Vertretung für Stefan Dussin ab 18:35

Herr Nicolai Vincent Radke

Herr Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Frau Sabine Weineck

Vertretung für: Herrn Burkhard Fahl

Herr Julian Kistner

Vertretung für: Frau Ye-One Rhie

Herr Rolf Winkler

vom Beirat:

Frau Kathrin Driessen

Herr Heiko Hansen

Von der Verwaltung:

Frau Beigeordnete Frauke Burgdorff

Herr Uwe Müller

Herr Gert Kempf

Herr Daniel Schuster

Frau Anna Küppers

Frau Daniela Rüdell

Herr Marc Hamblock

Herr Harald Beckers

Herr Mpasios, Autobahn GmbH

als Schriftführerin:

Frau Silke Retterath

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 61/0566/WP18

- 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2023- öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0592/WP18

- 4 **Mündlicher Bericht der ASEAG zur witterungsbedingten Einstellung des Busverkehrs am 20.01.2023**

- 5 **Mündlicher Bericht des Aachener Stadtbetriebs zum Winterdienst auf Radwegen**

- 6 **Monschauer Straße, Radwegebeleuchtung;**
Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom 23.11.2020
Vorlage: FB 61/0553/WP18

- 7 **Ratsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN „Sicherer Radverkehr durch Protected Bike Lanes“ vom 02.11.2018 bzw.**
Ratsantrag 553/17 der Fraktionen CDU+SPD „Protected bikelanes – Prüfung möglicher Streckenabschnitte für geschützte Radfahrstreifen“ vom 01.10.2019
Vorlage: FB 61/0597/WP18

- 8 **Ratsantrag 550/17 der Fraktionen CDU+SPD „Vernetzung mit dem städteregionalen Radverkehrsnetz für den Alltagsverkehr“ vom 30.09.2019**
Vorlage: FB 61/0598/WP18

- 9 **Vollsperrung der A 544- Sachstandsbericht**
Vorlage: FB 61/0618/WP18

- 10 **Sachstandsbericht Mängelmelder**
Vorlage: FB 61/0596/WP18

- 11 **Alternative zum Marktliner;**
Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.01.2023
Vorlage: FB 61/0595/WP18

- 12 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am**
01.09.2022 (nichtöffentlicher Teil)
Vorlage: FB 61/0567/WP18

- 2 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2023- nicht öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0593/WP18

- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 4/15

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsherr Blum eröffnet die Sitzung und entschuldigt die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Wenzel wegen Krankheit.

Er stellt sodann die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Anträge zur Tagesordnung gibt es keine.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0566/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei einer Enthaltung

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2023- öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0592/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.01.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 6 Enthaltungen

zu 4 Mündlicher Bericht der ASEAG zur witterungsbedingten Einstellung des Busverkehrs am 20.01.2023

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 5/15

Herr Hansen von der ASEAG berichtet zu den Hintergründen, die zur Einstellung des kompletten Linienverkehrs der ASEAG am 20.01.2023 geführt haben.

Herr Nositschka regt an, die über Social Media verbreitete Vermutung, dass viele Autos auf Grund aufgezogener Sommerreifen liegen geblieben seien, nicht voreilig zu treffen. Auch Autos mit guten Winterreifen seien an dem Tag an ihre Grenzen gestoßen.

Herr van den Hurk wünscht sich, dass Herr Hansen noch tiefer in die Gründe des Ausfalls einsteige. Zudem möchte er wissen, wie die ASEAG die Durchführung und die Priorisierung des Winterdienstes empfunden habe.

Herr Hansen erläutert, dass man die Fahrzeuge teilweise nicht einmal mehr habe abschleppen lassen können und das trotz einer flottenweiten Ausstattung mit Winterreifen. Zudem habe es zunehmend auch Sperrungen der Polizei gegeben, die ein weiteres Durchkommen verhindert hätten. Der Winterdienst sei aus seiner Sicht nicht zu kritisieren, da der starke Schneefall erst im Laufe des Tages eingesetzt habe. Bei der ASEAG sei es zum Glück bei einigen Blechschäden geblieben.

Herr Winkler vom Seniorenrat, der an dem Tag selbst betroffen war, würde gerne wissen, warum einige Busse nach seinem Empfinden besser durchgekommen seien als andere.

Dies läge zum einen an den unterschiedlichen Fahrzeugtypen, erklärt Herr Hansen. Zum anderen natürlich auch ein Stück weit an der Erfahrung der Busfahrer*innen.

Ratsfrau Breuer und Ausschussvorsitzender Blum sind sich einig, dass die Einstellung bei dem Wetter unumgänglich gewesen sei, allerdings möchte der Ausschussvorsitzende Blum wissen, ob man nicht gerade für die Außenbezirke eine Art Notdienst hätte einrichten können.

Er habe mitbekommen, dass Leute, die morgens noch normal mit dem Bus zur Arbeit in der Innenstadt gekommen seien, zum Nachmittag schlicht verzweifelt seien, weil sie nicht mehr nach Hause gekommen seien.

Absolut nachvollziehbar findet Herr Hansen diese Nachfrage und drückt noch einmal sein Bedauern aus, allerdings gibt er zu bedenken, dass bei den Witterungsverhältnissen und aufgrund der vielen gesperrten Straßen auch der Notdienst nicht mehr durchgekommen wäre.

Ratsfrau Wallraff spricht der ASEAG indes ihren Dank dafür aus, dass über verschiedene Social Media Kanäle die Informationen den ganzen Tag über so zeitnah und kurzfristig übermittelt worden seien.

zu 5 Mündlicher Bericht des Aachener Stadtbetriebs zum Winterdienst auf Radwegen

Frau Küppers vom Aachener Stadtbetrieb gibt dem Ausschuss einen Bericht über den Winterdienst auf Radwegen ab.

Ratsfrau Breuer möchte hierzu gerne wissen, ob die seinerzeit extra beantragten zusätzlichen kleineren Fahrzeuge mittlerweile im Einsatz seien und wie sich die Räumpflichten bei kombinierten Rad- Fußwegen verhielten.

Frau Küppers berichtet, dass man noch keine neuen Fahrzeuge geliefert bekommen habe, die derzeit verfügbaren würden für die 90km Radwege der Prio1 Stufe ausreichen. Nur bei einem Ausbau benötige man die zusätzlichen Fahrzeuge. Wer bei kombinierten Rad- Fußwegen in der Räumpflicht sei, erkenne man nur am Verkehrsschild. Bei einem getrennten Radweg sei E18 zuständig, bei einem gemeinsamen seien es tatsächlich die jeweiligen Anwohnenden.

Ratsherr Breuer fragt nach, welchen Zeitraum man benötige, um die 90km Radwege der Prio1 zu räumen.

Diese müssten bis spätestens 9:00 Uhr morgens geräumt sein, so Frau Küppers. Daher würden die Kolleg*innen entsprechend früh starten. Man kalkuliere mit ungefähr zweieinhalb bis drei Stunden reiner Räumzeit.

Ob der Vennbahnweg durchgängig geräumt werde oder stückweise, fragt Herr Nositschka. Zudem möchte er wissen, ob die Radvorrangroute in der Altstraße beispielsweise in die Prio 2 oder 3 falle, weil er diese als sehr schlecht und spät geräumt empfunden habe.

Hier müsste sie genauer nachschauen, antwortet Frau Küppers, die Einteilung der Straßen in die einzelnen Prioritäten sei von FB 61 vorgenommen worden. Der Vennbahnweg werde jedoch von einem separaten Team durchgängig geräumt.

Herr Hofmann möchte noch wissen, ob man bei Radvorrangrouten nicht auch wie bei normalen Straßen mit den großen Fahrzeugen räumen könne, so dass diese nicht in die 90km Berechnung hereinfließen.

Dies sei zum Teil möglich, bestätigt Frau Küppers.

zu 6 Monschauer Straße, Radwegebeleuchtung;

Antrag der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/ Walheim vom 23.11.2020

Vorlage: FB 61/0553/WP18

Frau Nußbaum berichtet zusammenfassend über die bisherigen Beratungen zu dem Thema Radweg Monschauer Straße und appelliert an den Ausschuss, den Radweg als starke Achse in die Innenstadt zu sehen, der viele Unfälle vermeide. Man solle sich hier ein Beispiel an der Stadt Potsdam nehmen, die zu ähnlichen Themen bereits Beschlüsse zu landschaftsschutzverträglichen Beleuchtungen gefasst hätten. Man könne jetzt als Ausschuss die planerischen und haushalterischen Voraussetzungen für eine solche Beleuchtung schaffen.

Aus Sicht von Herrn van den Hurk ist die Beleuchtung als solche unstrittig. Er bittet die Verwaltung darum noch einmal zu erläutern, warum aus deren Sicht derzeit damit noch abgewartet werden solle.

Herr Müller betont, dass auch die Verwaltung eine sichere und helle Konstruktion für den Radweg vorsehe. Allerdings müsse man diese an die vorherrschende Fauna anpassen und den Artenschutz berücksichtigen.

Mit der Einführung des neuen Landschaftsplans seien Änderungen möglich, die dann ggfs. auch eine entsprechende Beleuchtung zuließen. Dies sei der hauptsächlichste Unterschied zu einer früheren Stellungnahme.

Herr Radke möchte wissen, ob man diese Änderung im neuen Landschaftsplan dann auch auf den Vennbahnweg anwenden könne.

Die Monschauer Straße grenze in Teilen an Landschaftsschutzgebiet, beim Vennbahnweg gebe es Biotop, die deutlich schutzwürdiger seien, daher könne er das nicht abschließend sagen, so Herr Müller. Ratsfrau Breuer zeigt hierfür wenig Verständnis. Der Vennbahnweg sei sehr naturbelassen, da könne sie die starken Restriktionen nachvollziehen. Die Monschauer Straße sei jedoch eine Hauptverkehrsstraße, wo bis in die Nacht hinein ein hohes Verkehrsaufkommen sei, da sei aus ihrer Sicht eine Beleuchtung des Radwegs kein Problem.

Ratsherr Breuer rät dazu, auf die Experten zu vertrauen.

Beigeordnete Burgdorff dankt der Politik für den erweiterten Beschluss aus Kornelimünster, appelliert jedoch dazu, auf den neuen Landschaftsplan zu warten. Dann könne man beispielsweise auch nach Fördermitteln suchen, die die Umsetzung haushalterisch ermöglichen.

Frau Nußbaum entgegnet, dass es sich ja zunächst einmal nur um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handle, die einem Warten auf den Landschaftsplan nicht entgegenstünde. Zudem habe sie keine zeitliche Vorstellung davon, wann dieser neue Plan käme.

Beigeordnete Burgdorff hält fest, dass auch bei einer Prüfung ein Problem bestehe, was die Prioritäten der Arbeiten für die Mitarbeitenden angehe. Sie wolle die Mitarbeitenden vor einer Überlastung schützen. Auch Herr Nositschka sieht die gefasste Zeitschiene kritisch, möchte jedoch ungerne die in Kornelimünster getroffenen Änderungen ablehnen, weil er damit auch ein Zeichen setzen wolle an die Menschen in den Außenbezirken, dass die Mobilitätswende nicht nur in der Innenstadt passieren könne und dass auch sie dafür wichtig seien.

Frau Burgdorff kündigt an, dass wenn der Mobilitätsausschuss sich ebenfalls auf den Beschluss aus Kornelimünster einigen werde, sie in der nächsten Sitzung das Thema „Prioritäten“ auf die Tagesordnung setzen wolle, damit dann wiederum entschieden werden könne, welche anderen Maßnahmen dadurch verschoben würden.

Ratsfrau Breuer begrüßt die von Frau Beigeordnete Burgdorff ausgesprochene klare Aussage in Bezug auf die Belastungen der Mitarbeitenden.

Der Ausschussvorsitzende Blum stellt sodann den leicht modifizierten Beschluss der Bezirksvertretung Kornelimünster zur Abstimmung:

„Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit der Landschaftsschutzbehörde landschaftsschutzverträglichere und kostenminimierendere Beleuchtungsvarianten entlang des Radweges Monschauer Straße zu prüfen und

über die Ergebnisse rechtzeitig zu den Haushaltsanmeldungen für das Haushaltsjahr 2024 wieder zu berichten um eine entsprechende Haushaltsanmeldung für den Haushalt 2024 zu ermöglichen.“
Der erweiterte Beschluss wird mit 6 Zustimmungen und zwei Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

zu 7 Ratsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN „Sicherer Radverkehr durch Protected Bike Lanes“ vom 02.11.2018 bzw.

Ratsantrag 553/17 der Fraktionen CDU+SPD „Protected bikelanes – Prüfung möglicher Streckenabschnitte für geschützte Radfahrstreifen“ vom 01.10.2019

Vorlage: FB 61/0597/WP18

Herr Lindemann weist daraufhin, dass die in dem Ratsantrag beantragte Übersicht der Straßen, die eine Protected Bike Lane eingerichtet bekommen könnten, weil sie über eine Mindestbreite von 12,10 Metern verfügen, nicht enthalten sei. Aus seiner Sicht entspreche das derzeitige Handeln nicht dem Radentscheid. Zudem möchte er gerne die Zeitschiene für die Umbauten an den bereits beschlossenen Straßen wissen. Er sehe den Antrag der CDU nicht als behandelt an.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Straßenbreite nicht das einzige Kriterium sei, ob eine Straße eine Protected Bike Lane erhalten könne oder nicht. Es sei beispielsweise auch auf die Verkehrssicherheit oder die Möglichkeiten der Müllabfuhr Rücksicht zu nehmen. Hinzu komme, dass man auch andere gestalterische Möglichkeiten neben der der Protected Bike Lanes habe.

Sowohl die Umbauten an der Monheimsallee, als auch die Vaalserstraße und die Breslauer Straße seien für das Jahr 2023 geplant.

Die Zeit sei weiter gegangen, so Herr van den Hurk. Man könne auf Grund der im Radentscheid gefassten, weitergehenden Beschlüsse auf die im Ratsantrag gewünschte Übersicht verzichten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Beide Anträge gelten somit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich

zu 8 Ratsantrag 550/17 der Fraktionen CDU+SPD „Vernetzung mit dem städteregionalen Radverkehrsnetz für den Alltagsverkehr“ vom 30.09.2019

Vorlage: FB 61/0598/WP18

Herr Lindemann zeigt sich erfreut über die gute Arbeit, die der externe Gutachter geleistet habe. Die Ergebnisse fänden seine Zustimmung.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis. Der Antrag gilt somit als behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 12 Zustimmungen und einer Enthaltung

zu 9 Vollsperrung der A 544- Sachstandsbericht

Vorlage: FB 61/0618/WP18

Herr Mpsios von der Autobahn GmbH und Herr Müller präsentieren jeweils zum Thema.

Ratsherr Hecker dankt für diese Ausführungen und schließt seinem Dank einige Fragen an.

Zum einen möchte er wissen, warum die Dauer der Vollsperrung von seinerzeit zwei bis drei Monaten auf 22 Monate angewachsen sei und warum die Informationen so spät erst an die Öffentlichkeit gelangten.

Zudem möchte er wissen, ob es nicht möglich sei, die Brückenteile einzeln zu nutzen und so die Zeit der Vollsperrung zu verkürzen. Zuletzt regt er an, einen Mitarbeitenden des Bezirksamtes Haaren in die Arbeitsgruppen einzuladen, da diese den Ort am besten kennen würden.

Hierzu nimmt Herr Mpsios Stellung. Die letzte Sonderprüfung der Autobahn GmbH im August 2022 habe ergeben, dass der desolate Zustand der Brücke keinen Austausch mittels Querverschub mehr zulasse, wie es eigentlich ursprünglich geplant gewesen sei.

Die Informationen seien mit einem zeitlichen Verzug erst an die Öffentlichkeit gelangt, weil es bei einer solch heiklen Maßnahme wie der Vollsperrung einer Autobahn eine vorgegebene Mitteilungskette gebe,

die bis zum Bundesministerium für Verkehr reiche. Während dieser Kette werde das Vorhaben geprüft, was natürlich Zeit in Anspruch nähme.

Im März sei er zu Gast in der Bezirksvertretung Haaren, dann gebe er auch den dortigen Politiker*innen und Anwohner*innen gerne mehr Informationen und beantworte alle aufkommenden Fragen. Dann könne man auch gerne jemanden bestimmen, der an den Arbeitsgruppen aus dem Ort teilnehme. Die teilweise Nutzung der einzelnen Brückenteile zur Verkürzung der Sperrungszeiten sei nicht möglich, da die Übergänge über den Mittelstreifen dies nicht erlaubten. Einen früheren Übergang vor der Brücke werde er gerne noch einmal mitnehmen und sich ansehen, sehe aber eher wenig Chancen wegen der vorgelagerten Auffahrt.

Herr Hofmann möchte wissen, warum man nicht bereits vor 37 Jahren, bei Sichtbarwerden der ersten Schäden tätig geworden sei. Außerdem fragt er an, wie sicher es sei, dass die Anschlussstelle Würselen offen bliebe. Ob man nicht eine Gewichtsbeschränkung für die Brücke einführen könne um weitere Schäden zu vermeiden, möchte er zudem wissen.

Herr Mpasios äußert sein Verständnis für die Belange der Haarener Bürger*innen. Die Öffnung der Anschlussstelle Würselen ist eine von mehreren Planfällen und noch nicht beschlossen. Tatsächlich hätten erste Modelle gezeigt, dass die Öffnung der Anschlussstelle Würselen für die Verteilung der Umleitungsverkehre Vorteile biete, die aber nicht zu wesentlich größeren Verkehrszunahmen in Haaren führten als im Fall der Schließung der Anschlussstelle. .

Allerdings gehe es auch um die Belange der Betriebe, ergänzt Frau Beigeordnete Burgdorff. Daher sei hier noch keine Entscheidung gefallen. Man werde in Ruhe weitere Gespräche führen und die Ergebnisse dieser Runden transparent kommunizieren.

Die Sperrung für den Schwerverkehr könnte man nur mittels eines Schrankensystems kontrollieren, so Herr Mpasios. Dessen Einführung habe auf der Leverkusener Brücke allerdings weitaus mehr als ein Jahr gedauert, zudem fänden LKWs immer noch Möglichkeiten. Eine solche Einführung halte er also hier für nicht zielführend.

Ratsherr Zimmer möchte wissen, ob es schon Gespräche mit der Bahn gegeben habe, was mögliche Baustellen auf den umliegenden Bahnstrecken in den nächsten Jahren angehe.

Die gebe es gerade aktuell, berichtet Herr Müller.

Ratsherr Neumann wünscht sich eine Verlagerungssimulation für den ÖPNV. Zudem frage er sich, ob die Kosten für beispielsweise eine Verdichtung der Taktung der Busse oder zusätzlich bereitgestellte Wagen der Regionalbahnen von der Stadt getragen werden müssten.

Auch darüber werde derzeit diskutiert gibt Herr Müller Auskunft. Man habe allerdings noch nicht über Alternativmaßnahmen gesprochen. Herr Mpasios ergänzt, man habe selbstverständlich die ASEAG mit im Boot. Die Kosten einer solchen Untersuchung würden von der Autobahn GmbH getragen.

Ratsfrau Breuer ärgert sich, dass man immer alles soweit wie möglich schiebe. Sie zeigt sich verunsichert, ob der Unwägbarkeiten der dargestellten Zahlen. Man solle zudem nicht vergessen, dass auch der ÖPNV im Stau stecke und appelliert an die Verwaltung in dem Zeitraum nicht an zu vielen anderen Punkten noch Baustellen einzurichten.

Man werde durchgängig ein Monitoring während der Baumaßnahme betreiben, beruhigt Herr Mpasios. Ratsherr Hecker möchte noch wissen, was passiere, wenn die im dreimonatigen Abstand stattfindende Prüfung der Brücke ergäbe, dass man sofort sperren müsse. Ob die Autobahn GmbH dann den Bau auch entsprechend vorziehen könne.

Bis zu drei Monate könne man den Bau vorziehen, so Herr Mpasios. Und ansonsten greife der vorgestellte Notfallplan.

Er finde die Planungen gut, so Ratsherr Breuer. Man solle die unumgängliche Maßnahme positiv begleiten. Der Verwaltung spricht er seinen Dank aus.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis .

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 Sachstandsbericht Mängelmelder

Vorlage: FB 61/0596/WP18

Frau Rüdell von der Verwaltung berichtet über den Mängelmelder.

Man sei erst skeptisch gewesen, so Frau Beigeordnete Burgdorff, habe nun aber ein kooperatives Miteinander geschaffen, so dass sie sich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für den politischen Auftrag bedanken wolle.

Wie es mit der Barrierefreiheit für Sehbehinderte oder Menschen mit Verständnisschwierigkeiten der deutschen Sprache aussehe, möchte Herr van den Hurk wissen. Außerdem würde er gerne wissen, ob man messen könne wie bekannt der Mängelmelder sei und wie die Aufteilung zwischen dem ursprünglichen Serviceportal der Stadt Aachen und dem neuen Mängelmelder sei.

Für Sehbehinderte oder Menschen mit Verständnisschwierigkeiten empfehle sie die telefonische Meldung, beantwortet Frau Rüdell. Zur Bekanntheit könne sie leider keine konkrete Zahl nennen, die Aufteilung mit dem Serviceportal sei aber so, dass acht Abteilungen der Stadt mittlerweile den Mängelmelder nutzen würden und alle anderen weiterhin das Serviceportal.

Herr Müller berichtet, dass auch insbesondere Call Aachen die Nutzungsmöglichkeiten immer weiter entwickle und sehr angetan von der Möglichkeit sei.

Ratsherr Neumann äußert sein Lob für das Tool. Er empfinde den Mängelmelder als ein wichtiges Instrument der Kommunikation und Transparenz. Man solle jedoch noch einmal klarer definieren, wann man den Status abgeschlossen bei einer Meldung setze.

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 12/15

Auch Ratsherr Fischer spricht der Verwaltung seinen Dank und Respekt dafür aus, dass rund 86% der gemeldeten Mängel abgeschlossen seien.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 11 Alternative zum Marktliner;

Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 19.01.2023

Vorlage: FB 61/0595/WP18

Als erstes meldet sich Herr Lindemann zu Wort. Er berichtet, dass aus seiner Wahrnehmung die Terrorpoller am Markt meistens abgesenkt seien, lediglich zu Weihnachtsmarkt oder anderen Festzeiten seien sie in Betrieb. Er habe aus der Vorlage nicht herauslesen können, was die Verwaltung nun genau wolle.

Auch Ratsfrau Breuer appelliert an alle, dass man die Innenstadt innerhalb des Grabenrings attraktiv für alle Nutzergruppen halten solle. Egal, aus welcher Richtung man komme, man müsse in Richtung Markt immer Steigungen erklimmen. Es gehe ihr nicht um einen großen Bus, sondern um kleinere Fahrzeuge, wie sie beispielsweise auf Messen im Einsatz seien.

Frau Beigeordnete Burgdorff erläutert, man habe von Seiten der Verwaltung eine Öffnungsvorlage einbringen wollen, die ganz eindeutig keine Ablehnung beinhalte. Man brauche allerdings auch eine Finanzierung eines solchen Projektes. Wenn man sich mit der Erreichbarkeit der Innenstadt beschäftige, bedürfe es eines Gesamtkonzeptes und keiner Einzelmaßnahmen.

Auch Herr Müller hebt noch einmal die Bedeutung der Busanbindung des Bereichs innerhalb des Grabenrings für die generelle Attraktivität der Innenstadt hervor.

Ratsherr Neumann bestätigt der Verwaltung, dass er die Vorlage nicht als Ablehnung verstanden habe. Er sei jedoch auch dafür, auf das geplante Konzept, was im Laufe des Jahres erarbeitet werden solle, zu warten.

Beschluss:

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 13/15

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 12 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller weist die Ausschussmitglieder auf die zu Beginn der Sitzung ausgeteilten Mitteilungen der Verwaltung zur Jahresveranstaltung des Radentscheids, der geplanten Fahrplanänderung der ASEAG, der Protected Bike Lane an der Breslauer Straße, sowie der Vorstellung der Projektskizze „Das grün blaue Band“ hin.

Nichtöffentlicher Teil

zu 1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022 (nichtöffentlicher Teil)

Vorlage: FB 61/0567/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Mobilitätsausschusses am 01.09.2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.01.2023- nicht öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0593/WP18

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

MA/25/WP18

Ausdruck vom: 03.03.2023

Seite: 14/15

Der Mobilitätsausschuss genehmigt den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vom 12.01.2023.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 4 Enthaltungen

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung:

Es gibt keine Wortmeldungen.

Blum
Ausschussvorsitzender

Retterath
Schriftführerin

Gesehen

Keupen
Oberbürgermeisterin